

Zensurieren und dann schweigen

Eklat um Schulhausneubau in Füllinsdorf Die Behörden greifen in den Abstimmungskampf um den 21,5-Millionen-Franken-Kredit ein. Die Folgen sind eine Abstimmungsbeschwerde und ein Rücktritt aus der Schulbehörde.

Daniel Wahl

Für ihr Prestigeprojekt «Schulanlage Schönthal» müsste die 4600-Seelen-Gemeinde Füllinsdorf ganz tief in die Tasche greifen: Damit alle Schüler – gegebenenfalls aus höheren Lagen mit dem Schulbus – im Talgrund bei der Ergolz in die Schule gehen können, müssten knapp 28 Millionen Franken aufgeworfen werden. Dies für ein neues Gebäude mit fünf Schulzimmern, drei Kindergärten, einer Doppelturnhalle und Vereinszimmern gleich neben dem bestehenden Schulhaus Schönthal, das auch noch erweitert werden müsste. Das schicke und intakte Zweitprimarschulhaus im Dorf wollen die Behörden dabei ohne Not aufgeben.

Doch das Geld ist knapp. Der Gemeinderat hat das Projekt deswegen etappiert. Man stimmt zunächst über einen 21,5-Millionen-Franken-Kredit ab; die Erweiterung des alten Schulhauses Schönthal wird vertagt, bis Füllinsdorf das Schulhausgrundstück im Dorf verkaufen kann. Dafür werde man 4 Millionen Franken lösen können, hiess es zunächst. Wohl zu wenig. Während des Abstimmungskampfs, der im vergangenen November richtig startete, ist die Wunschvorstellung auf 5 Millionen Franken angestiegen. Fragen beim Kanton führen dazu, dass keine Abklärungen gemacht wurden. Auch die Bewertung des Schulgebäudes (statisch perfekt, wenig neuer Raumbedarf im Dorf, Amtsblatt vom 13. Oktober 2017) bleibt Verschlussache.

Zu wenig Schulraum

Vielmehr streiten nun ein Pro-Komitee und ein Referendumskomitee darüber, ob die Schulräume bei der etappierten Vorgehensweise reichen würden. «Wohl nicht», sagt Ortsschulrat und Sekundarlehrer Sascha Thommen. Es fehlten die Nebenräume, Musikzimmer, Zimmer



Eine Doppelturnhalle und viel Platz für die Vereine: Die geplante «Schulanlage Schönthal».

für den Werkunterricht und so weiter. Künftig werde man auch im alten Schulhaus Schönthal den Werkunterricht im fensterlosen Luftschuttkeller durchführen müssen. Für einen weiteren Klassenzug – Füllinsdorf ist seit Jahren an der kritischen Grenze – existiert auch nach dem 21,5-Millionen-Franken-Bau kein entsprechender Raum.

Thommen wollte in der letzten Sitzung des Ortsschulrats erreichen, dass der Schulrat nach aussen dieses Problem für die Schule kommuniziert. Die Behauptung des Pro-Komitees, die Schule würde mit dem Kredit mehr Schulräume als heute erhalten, stimme nachweislich

nicht und müsse im Dorf korrigiert werden. Er wurde intern gebodigt. Aufgrund der Differenzen in der Gruppe wurde beschlossen, sich nicht im Namen des Ortsschulrats politisch zu äussern. Thommen, der mit dem Slogan «ehrlich, kompetent direkt» in die Schulbehörden gewählt wurde, kann «diese Art zu politisieren nicht mehr mittragen», wie er sagt. Er hat in diesen Tagen demissioniert.

Neubau ist «übereisen»

Gegen das Projekt kämpft auch Dominique Beurret an, früherer FDP-Präsident und Experte im Immobilienmarkt. Als er kritische Fragen zu stellen begann,

haben ihm die Dorfbehörden offenbar die Tür vor der Nase zugeschlagen. «Turnverein, Musikverein, die Gugge Elbisrigger – alle erhalten im Neubau ihr Vereinszimmer und Lagerräume, aber für die Schule reicht das Raumprogramm nicht», sagt Beurret, der den teuren Neubau für nur 4600 Einwohner für überzogen hält. Aber die Vereine seien mit dem Raumprogramm überzeugt worden. Das nenne er «Stimmenkauf».

Mit welchen Mitteln die Behörden den Abstimmungskampf gewinnen wollen, wird jetzt offensichtlich. Abstimmungskomitees dürfen Inserate im «Amtsblatt» schalten, nur Beurret

nicht. Er wollte beispielsweise mit den Worten «Nein zum Schulhausneubau (...) weil sich unsere Gemeinde nicht bei verlockend tiefen Zinsen so verschulden darf (...) weil zu viele Involvierte des Pro-Komitees direkt oder indirekt profitieren würden» zur Meinungsbildung beitragen. Das Inserat wurde nicht angenommen.

«Wir haben von der Gemeinde Füllinsdorf die strikte Anweisung erhalten, dass im «Amtsblatt» keine politischen Voten mehr von Einzelpersonen publiziert werden dürfen», beschied ihm die Druckerei. Beurret bat Gemeindeverwalter Kurt Sidler darauf um eine Erklärung. Die-

ser antwortete: «Die Anweisung unsererseits wurde von der Regiodruck GmbH richtig wiedergegeben. Dieser Mitteilung haben wir nichts Weiteres zuzufügen.»

Zur «Chefsache» erklärt

Umgekehrt darf sich das Pro-Komitee des geschützten Füllinsdorer Wappens bedienen und ihrer Propaganda so einen offiziellen Anstrich geben. «Der Schulhausbefürworter, Gemeindevizepräsident Ruedi Hofer, hat das bewilligt», erhielt Christoph Keigel, Präsident des Referendumskomitees, zur Antwort. «Man hat sich die Bewilligung selber erteilt, Hofer war langjähriger Präsident der Brassband Füllinsdorf, die im Neubau auch ihre eigenen Räume erhält», sagt Keigel und spricht von Verhinderung einer Streitkultur mit allen Mitteln.

Vom Gemeindeverwalter wollte die BaZ wissen, auf welchen rechtlichen Grundlagen sich sein Zensur-Entscheid im «Amtsblatt» stützt? Weshalb wird gegenüber dem Inserenten eine angemessene Begründung verweigert? Und haben die Gemeindebehörden selber finanzielle Beteiligungen am «Amtsblatt», oder wird das Druckergebnis vom Steuergeld bezahlt? Eine offene Frage bleibt auch, ob das Pro-Komitee durch die Gemeindebehörden finanzielle Zuwendungen oder etwa eine andere Unterstützung durch die öffentliche Hand erhalten hat, wie im Dorf gemunkelt wird.

Gemeindeverwalter Sidler gab sich Zeit und liess dann die Fragen «zur Chefsache» erklären. Eine knappe Woche später entschied Gemeindepräsidentin Catherine Müller, auf all die Fragen mit Schweigen zu reagieren.

Beurret hat bei der Landeskanzlei eine Abstimmungsbeschwerde wegen mangelhafter Vorbereitung und Durchführung von Abstimmungen und Wahlen gegen den Gemeinderat und die Einwohnergemeinde Füllinsdorf eingereicht.

Eymann

Aussergewöhnliche Persönlichkeiten in der Politik

Ich durfte mit vielen Amtsträgerinnen und Amtsträgern zusammenarbeiten. Drei von ihnen möchte ich erwähnen.

Bei meinem Einstieg in den damaligen «Weitern Bürgerrat» bin ich Bürgerrätin Marie-Agnes Massini begegnet, sie war Präsidentin der Kommission für das Bürgerspital. Zuvor war sie LDP-Grossrätin und auch Grossratspräsidentin. Wenn von «natürlicher Autorität» gesprochen wird, denke ich an diese im alten baslerischen Sinn liberale Politikerin. Ihre Erfahrung als Ärztin, ihre Leistungen als Forscherin, vor allem aber ihre freundliche und bestimmte Art, ihre Toleranz und ihr feiner Humor erforderten Respekt. Sie brauchte weder Titel noch andere Insignien der Macht, um sich durchzusetzen. Neben ihrer hervorragenden politischen Arbeit fiel sie auch durch ihren Lebensstil auf, beim geselligen Zusammensein rauchte sie ab und zu eine Pfeife; in früheren Zeiten soll sie in ihrem Simca-

Cabriolet unterwegs gewesen sein. Von ihr habe ich unter anderem gelernt, dass liberal nicht libertär ist, dass jedes andere gewählte Mitglied einer politischen Behörde mit dem gleichen Recht wie man selber mitwirkt und dass der eigene Amtsantritt nicht die «Stunde null» der Politik ist.

Im Grossen Rat fiel mir Roland Stark auf. Als SP-Parteipräsident sprach er zu den wichtigen Traktanden. Im Saal war es ruhig, wenn er votierte. Ein hervorragender Analytiker, der die Entstehungsgeschichte der Geschäfte ebenso kannte wie die Folgen ihrer Annahme oder Ablehnung. Kaum ein anderer verfügte über so feines politisches Gespür. Er beherrschte die feine Klinge ebenso wie den Zweihänder – mündlich und insbesondere virtuos schriftlich.

Von Massini habe ich gelernt, dass der eigene Amtsantritt nicht die «Stunde null» der Politik ist.

Er war bereit, hinter den Kulissen Kompromisse zu schmieden, und begegnete dem politischen Gegner mit offenem Visier. Seine Erfahrung als Kleinklassenlehrer kam Roland Stark im Parlament zugute; auch als er den Grossen Rat präsidierte und den Kanton im In- und Ausland würdevoll vertrat, zum Beispiel bei der Eröffnung der Euro 08 in Wien. Ein Glücksfall, dass er auch als erster Präsident den Verfassungsrat mitgeprägt hat.

Als Erziehungsdirektor durfte ich eng mit Peter Schmid (SP), meinem erfahrenen Kollegen aus Baselland zusammenarbeiten. Kurz nach meinem Amtsantritt folgte ich am Gründonnerstag seiner Einladung nach Liestal. Schmid nahm sich sehr viel Zeit, um mir Geschäfte zu erklären, die für beide Kantone

wichtig waren. Er hat bestimmt gemerkt, dass ich nicht alles verstanden hatte, grosszügig aber darüber hinweggesehen.

Sein Leistungsausweis ist enorm. Die Partnerschaft mit dem Stadtkanton war ihm sehr wichtig. Die BL-Mitträgerschaft der Universität ist ihm zu verdanken. Er hat sich durchgesetzt und den Landkanton auf Augenhöhe mit dem Stadtkanton positioniert.

Die beiden Bildungsdepartemente wählten damals gemeinsam die Mitglieder des Universitätsrats aus. Eine Praxis, die auch vom Nachfolger Urs Wüthrich aufrechterhalten wurde. Hervorragende Persönlichkeiten wie Novartis-Präsident Alex Krauer, Staatssekretär Franz Blankart, Migros-Präsidentin Jacqueline

Guggenbühl, Nationalbankpräsident Markus Lusser, Wirtschaftsmann Rolf Soiron, Kunsthistorikerin Hortensia von Roda, Immunologie-Institut-Chef Fritz Melchers und andere wirkten zu Beginn der Partnerschaft in der Universitätsleitung mit. Sie legten den Grundstein für die starke Entwicklungsphase, die dank Peter Schmid und dem Landkanton beginnen konnte.

Diese drei Persönlichkeiten hatten auch den Mut, falls nötig die eigene Partei zu kritisieren. Eine wichtige Eigenschaft, die leider vielen Politikern fehlt.



Christoph Eymann
Nationalrat LDP
Basel-Stadt